

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Sonderseiten 2/2023

hauptstadt magazin

Nachgefragt:
Besoldungs-
perspektiven
nach der Wahl?!



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

Am 12. Februar 2023 werden die Berlinerinnen und Berliner erneut über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und damit über die Landesregierung entscheiden. Für Landesbeamtinnen und -beamte ist es wichtig, schon vorher zu wissen, welchen besoldungspolitischen Kurs die Parteien einschlagen wollen. Der dbb berlin hat nachgefragt und teils ernüchternde Antworten bekommen. Lesen Sie selbst:

1. Besoldung und Inflation

Trotz zweistelliger Inflation hat das Land Berlin die Besoldung und Versorgung zuletzt nur um 2,8 Prozent erhöht, während beispielsweise die BSR und Teile der Privatwirtschaft bis zu 3.000 Euro Inflationsprämie zahlen. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um unverzüglich eine verfassungsmäßige Besoldung zu sichern?

SPD Mit unterschiedlichsten Maßnahmen und Milliarden schweren Entlastungspaketen wird von Jahresbeginn 2022 an gegengesteuert, damit die Inflationfolgen abgedämpft werden können. Während des laufenden Jahres haben auch Beamtinnen und Beamten von den Entlastungen profitiert, etwa beim erhöhten Kindergeld, dem Tankrabbatt, der Energiepreisbremse für den Basisverbrauch und der 300 Euro Energiepreispauschale. Von Oktober bis März ist die Umsatzsteuer auf Gas abgesenkt und seit Juli 2022 wird beim Strompreis durch die Streichung der EEG-Umlage entlastet. Im Dezember folgte die Dezemberhilfe für Gaskunden und die Strompreisbremse ab 2023. Die Entlastungspakete des Bundes tragen eine klare sozialdemokratische Handschrift und leisten einen maßgeblichen Beitrag dazu, gut durch den Winter zu kommen. Mit dem Nachtragshaushalt hat das Land Berlin kürzlich außerdem beschlossen, die Entlastungspakete des Bundes sinnvoll und zielgerichtet zu ergänzen, etwa mit einem eigenen Härtefallfonds bei Energieschulden, einem kostengünstigen Anschlussticket zum 9 Euro-Ticket und Mietpreisbremsen bei den Landeseigenen. Auch kleineren Maßnahmen sorgen in Kombination daher Schritt für Schritt für mehr Geld im Portemonnaie. Berlin trägt mit insgesamt 3 Milliarden Euro zu mehr Zusammenhalt in der Krise bei, denn klar ist: Die Stadt muss weiterhin für alle bezahlbar bleiben und die Berlinerinnen und Berliner müssen weiter entlastet werden. Die Besoldung der Beamten muss nicht nur amtsangemessen sein, sondern auch attraktiv und wertschätzend, um gute Bewerber*innen im Wettbewerb zu gewinnen und zu halten. Hierfür wurden beispielsweise Zulagen erhöht beziehungsweise geschaffen, gerade für Beamte im besonders belasteten Vollzugsdienst.



Für die Anpassung der Besoldung an die hohe Inflation gibt es keine aktuellen verfassungsrechtlichen Vorgaben. Nach dem beamtenrechtlichen Alimentationsprinzip muss die Besoldung einen angemessenen Lebensunterhalt gewährleisten. Bei anhaltender Inflation besteht in der Folge die Möglichkeit, dass die Besoldung den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und dem beamtenrechtlichen Alimentationsprinzip folgend angepasst werden muss. Dies wird aber im Gleichlauf mit den Tarifbeschäftigten geschehen, um keine gravierende Differenz zwischen Tarifbeschäftigten und Beamt*innen zu schaffen, die das Arbeitsklima in den Behörden negativ beeinflussen würde. Berlin ist Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, deren kommende Tarifrunde erst im späteren Verlauf dieses Jahres ansteht. Der Tarifabschluss wird dann, wie in den letzten Tarifrunden auch, auf die beamteten Dienstkräfte übertragen. Wir

werden uns in den nächsten Jahren weiterhin für die faire Bezahlung der Berliner Beschäftigten einsetzen und Tarif erhöhungen an Beamte übertragen.

CDU Wir setzen uns für eine grundlegende Reform der Besoldung ein. Denn lediglich den Tarifabschluss zu übertragen und ein bisschen an Zulagen zu schrauben, macht noch lange keine angemessene Bezahlung. Das ist nicht nur unfair gegenüber den Beamten, sondern angesichts des Wettbewerbs um Nachwuchspersonal auch fahrlässig. Und gleichzeitig gefährdet das aktuelle Besoldungssystem, das stark auf die Hauptstadtzulage setzt, die Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder. Statt immer mehr Zulagen fordern wir seit Langem eine Anpassung der Besoldung der Landesbeamten an das Bundesniveau. Denn die Beamten des Landes Berlin leisten einen genauso anspruchsvollen, wertvollen und hingebungsvollen Dienst wie ihre Kollegen im Bund. Wer genauso gut arbeitet, soll dafür auch gleich gut bezahlt werden.

DIE LINKE. Die starke Inflation stellt eine Belastung für alle Arbeitnehmer*innen dar und gleichzeitig „profitieren“ der Bund und die Länder davon (automatisch steigende Steuereinnahmen und gleichzeitig eine Entwertung der Schulden). Deswegen tritt DIE LINKE. Berlin dafür ein, dass die Beamten und Angestellten im Landesdienst zeitnah deutlich besser entlohnt werden. Dass die Besoldung und Versorgung zuletzt nur um 2,8 Prozent erhöht wurde, liegt daran, dass dadurch das Ergebnis des momentanen Tarifvertrages der Länder auf die Beamt*innen übertragen wurde. Hier hat DIE LINKE. Berlin in der Vergangenheit zusammen mit dbb und DRB für die zeitnahe Umsetzung des TV-L auch bei den Beamten gekämpft und dieses Ziel erreicht. Wir hoffen daher, dass die Kolleg*innen bei den kommenden Verhandlungen zum nächsten TV-L ein gutes Ergebnis erzielen, welches dann auch zeitnah wieder den Landesbeamt*innen zu Gute kommt. Sollte bei diesen Tarifverhandlungen auch die Inflationsprämie herausverhandelt werden, setzt sich DIE LINKE. Berlin dafür ein, diese im gleichen Umfang auch den Landesbeamt*innen auszuzahlen.

Freie Demokraten Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass gute Arbeit auch angemessen entlohnt wird. Eine vernünftige Besoldung ist eine Frage der Wertschätzung und Fairness. Wir brauchen einen funktionierenden Staat mit gut ausgebildeten, gut ausgestatteten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass Berlin dafür sorgt, dass diese Voraussetzungen endlich erfüllt werden. Wir beobachten die Inflation ebenfalls und erühen bereits Ausgleichsmaßnahmen. Wir planen insbesondere Initiativen, welche die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung in den Fokus stellen. Hier muss darüber hinaus eine dauerhaft bessere Besoldung das Ziel sein, anstatt von Prämien oder Boni, deren Effekte nach kurzer Zeit verpuffen. Denn auf ihre Besoldung haben die Beamten, anders als bei Boni, auch einen einklagbaren Rechtsanspruch.

2. Ausstehende Besoldungsreparatur

Gegen die Besoldungshöhe des letzten Jahrzehnts sind tausende Widersprüche erhoben worden und zahlreiche Klagen anhängig. Trotz klarer Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ab der untersten Besoldungsstufe, hat Berlin bislang aber nur versucht, die Richterbesoldung – und dies auch nur für einige Jahre – so umzugestalten, dass wenigstens nach Ansicht des Landes die Besoldung nicht mehr verfassungswidrig ist. Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, dass endlich eine angemessene „Besoldungsreparatur“ ohne aufwändige Klageverfahren in allen Bereichen stattfinden wird?

SPD In den vergangenen Jahren ist die Besoldung in Berlin über dem Durchschnitt der Länder erhöht worden, Berlin befindet sich inzwischen wieder im Mittelfeld der Länder. Selbstverständlich wird das Urteil aus Karlsruhe umgesetzt werden. Eine Entscheidung hinsichtlich der A-Besoldung in Berlin wurde seitens des Bundesverfassungsgerichtes im Jahr 2022 nicht getroffen. Wir erwarten nunmehr eine Einschätzung im Jahr 2023. Im Folgenden kann und soll eine entsprechende Anpassung stattfinden



2021 wurden mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz entsprechend der Vorgaben des BVerfG umfangreiche Nachsteuerungsmaßnahmen zur Sicherstellung einer amtsangemessenen Besoldung vorgenommen, um die Vorgaben des BVerfG zu erfüllen und die Verfassungsmäßigkeit der Beamtenbesoldung herzustellen. Diese ist nicht statisch, sondern immer abhängig von bspw. dem Abstand zur sozialen Grundsicherung und tatsächlichen Verhältnissen wie Preis- und Lohnentwicklung, Niveau der Grundsicherung et cetera Es ist unser Anliegen, die Dienstkräfte des Landes Berlin fair und verfassungskonform zu bezahlen, und dass dafür nicht der Klagewege notwendig ist. Die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung ist eine Daueraufgabe, die immer wieder Anpassung an sich wechselnde Umstände verlangt. Neben dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz von 2021 können zukünftig gegebenenfalls weitere Anpassungen erfolgen, wenn dies aufgrund der vorgegebenen verfassungsrechtlichen Kriterien geboten sein sollte. Das in der vergangenen Legislaturperiode erreichte Niveau der Bezahlung im öffentlichen Dienst wollen wir halten – mindestens dem Besoldungsdurchschnitt der Länder entsprechend. Dazu gehören natürlich auch die Übertragungen der Tarifergebnisse an die Beamt*innen des Landes, die Überprüfung der Stellen- und Erschwerniszulagen unter anderem Bereits mit dem letzten Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2021 wurden.

CDU Spätestens das Urteil zur Richterbesoldung hätte SPD, Grüne und Linke wachrütteln müssen. Statt zu handeln, hat der Senat nur auf Gerichtsurteile gewartet. Wir wollen nicht, dass eine angemessene Bezahlung erst durch Gerichte eingeklagt werden muss. Zudem ist es unangemessen, Nachzahlungen nur an jene zu leisten, die vor Gericht um eine höhere Besoldung gestritten haben. Denn da die Besoldung durch Gesetz geregelt wird, haben sich viele Betroffene gescheut, ihre Rechte gegen die Autorität des Gesetzgebers geltend zu machen. Bezüglich der A-Besoldung hätte der Senat schon lange aktiv werden müssen. Es ist peinlich für ein Land, wenn Beschäftigte ihre Rechte erst einklagen müssen. Die CDU wird daher eine angemessene Besoldung für alle sicherstellen.

DIE LINKE. Berlin hat sich nach dem Urteil zur R-Besoldung dafür eingesetzt, dass die verfassungswidrige Besoldung in diesem Bereich sofort ein Ende findet und deswegen damals das Reparaturgesetz zur Heilung mit verabschiedet. Auch hat DIE LINKE. Berlin nach dem Urteil dafür gestritten, dass auch die A-Besoldung angepasst wird. Leider konnten wir uns mit diesen Forderungen nicht gegenüber den Koalitionspartnern durchsetzen. Generell sind wir aber auf einem guten Weg und seitdem DIE LINKE. Berlin mitregiert, wurden die Mittel für Beamtenbesoldung deutlich aufgestockt. Unser Ziel aus dem Koalitionsvertrag der letzten Legislatur, dass die Berliner Beamt*innen entsprechend des Bundesdurchschnitts besoldet werden, konnten wir erreichen. Jetzt wo die Besoldung der Berliner Beamt*innen durch uns im Bundesländervergleich vom letzten Platz in das Mittelfeld der Bundesländer gestiegen ist, möchten wir nicht mehr hinter dieses Niveau zurückfallen, sondern eher noch ein paar Plätze gut machen.

Freie Demokraten Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Überarbeitung der Besoldungsordnung und für eine vollständige Einarbeitung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, als unser höchstes Rechtsprechungsorgan, ein. Das Bundesverfassungsgericht hat für die Richterbesoldung in Berlin deutliche Worte gefunden: Jahrelang wurde im öffentlichen Dienst Berlins unzureichend gezahlt. Dem müssen konsequente Taten folgen, nicht nur selbstverständliche Nachzahlungen. Für junge Richterinnen und Richter muss der Einstieg in die Justiz auch finanziell attraktiv sein, statt an der Qualität mit niedrigeren Einstellungsvoraussetzungen zu sparen. Nichts anderes kann für die A-Besoldung gelten. Dieses Problem muss proaktiv gelöst werden. Ein Zuwarten auf weitere Urteile gegen das Land ist für die Beamten unzumutbar und für das Land schlicht weg beschämend.

3. Personalgewinnung

In den letzten Jahren hat das Land Berlin den notwendigen Abstand zur Sozialhilfe nur halten können, indem es die untersten Besoldungsstufen gestrichen und Zuschläge gezahlt hat. Dadurch ist der Besoldungsabstand von einfachen und höherwertigen Tätigkeiten immer kleiner geworden. Was wollen Sie tun, damit das Land zukünftig noch qualifiziertes Personal finden kann?

SPD Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt. Der öffentliche Dienst ist der Garant für Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie. Die Berliner*Innen und alle in Berlin Ansässigen vertrauen nicht nur in Krisenzeiten einem verlässlichen starken Staat, der sich mit seinen vielfältigen Angeboten als Dienstleister für die Menschen in Berlin versteht. Attraktive Arbeitsbedingungen bedeutet auch Bürger- und Unternehmensleistungen vereinheitlichen und vor allem Doppelzuständigkeiten systematisch weiter abbauen. Der Zukunftspakt Verwaltung, den der Senat und alle Bezirksbürgermeister*Innen geschlossen haben, stellt die Weichen für eine klare Verantwortung und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken. Die SPD will darauf aufbauen und den nächsten Schritt gehen, indem wir über eine Verfassungsänderung zeitgemäße Steuerung und klare und effiziente Strukturen verankern. Arbeiten für die beste Stadt der Welt ist nicht bloß ein Job. Es ist eine Aufgabe für Menschen,

die ihre Stadt mitgestalten wollen. Die SPD Berlin steht für eine moderne Verwaltungskultur, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Diese Haltung setzt eine Wertschätzung der Beschäftigten und ihrer beruflichen Interessen voraus. Das fängt bei der Bezahlung an. Wir werden weiter daran arbeiten, bei der Bezahlung der Beschäftigten auf allen Ebenen wettbewerbsfähig zu sein. Faire Arbeitsbedingungen, konstruktives Miteinander, eine offene und wertschätzende Arbeitsatmosphäre sind ebenso wichtig für die Zufriedenheit der Beschäftigten. Teil einer guten Personalpolitik sind familienfreundliche und moderne Arbeitsbedingungen. Wir wollen daher eine flexiblere und mobile Arbeitsorganisation, Arbeitsumgebung und Ausstattung sicherstellen. Durch eigene Ausbildungsprogramme, duale Studienangebote oder Nachwuchskräfteprogramme, schnelle und gebündelte Einstellungsverfahren, den Ausbau von Wohnraum für Anwärter*Innen, Auszubildenden und dual Studierende, attraktive Arbeitsbedingungen sowie gezielte, individuelle Entwicklungsperspektiven werden wir auch in Zukunft qualifizierte Bewerber*Innen als künftige Kolleg*Innen für die vielfältigen Aufgaben in der Berliner Verwaltung gewinnen und binden. Zugleich wollen wir für die Mitarbeiter*Innen in der Verwaltung eine digitale Qualifizierungsoffensive starten.



Unser Ziel ist es, die Berliner Verwaltung zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in der Region zu entwickeln. Neben den monetären Anreizen gehören dazu gut ausgestattete, flexible Arbeitsplätze und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, genauso wie eine offene inklusive Atmosphäre, positive Fehlerkultur und moderne Personalentwicklung. Darüber hinaus wollen wir den Quereinstieg erleichtern, die Ausbildung stärken und Nachwuchsprogramme weiterentwickeln. Im vergangenen Jahr haben wir bereits eine Reihe an Maßnahmen angestoßen, die die Berliner Verwaltung für Fachkräfte attraktiver machen sollen. So investieren wir mit dem Doppelhaushalt 2022/23 in die Weiterentwicklung von digitalen Tools im Personalmanagement. Wir erweitern die Möglichkeiten für das duale Verwaltungsstudium und statten neue Homeoffice-Plätze aus. Wir stärken das Fort- und Weiterbildungsangebot der Verwaltungsakademie, insbesondere für die Führungskräfte. Um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu fördern, wurde das Programm Gütesiegel familienfreundlicher Arbeitgeber Land Berlin (GfA) landesweit eingeführt. Basierend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem erfolgreichen Pilotprojekt „Arbeit mal anders – zukunftsfähige Arbeitskultur in der Senatsverwaltung für Finanzen“ wollen wir ein attraktives, flexibles und anpassungsfähiges Arbeitsumfeld in der Berliner Verwaltung vorantreiben.



Leistung muss sich lohnen – dafür steht die CDU. Der Staat muss dabei mit einem guten Beispiel vorangehen – das ist Frage der Wertschätzung. Es ist aber auch notwendig, damit das Land Berlin seinen Aufgaben nachkommen kann. Dafür braucht es ausreichend sowie gut qualifiziertes Personal und attraktive Arbeitsbedingungen. Neben einer fairen Besoldung – auf Niveau der Bundesbeamten – setzt die CDU auch auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten und moderne Arbeitsplätze.



Generell möchte DIE LINKE. Berlin eine Besoldungsniveau erreichen, dass einen Zulauf von qualifiziertem Personal ermöglicht. Dazu muss die niedrigste Besoldungsstufe mehr als nur den Mindestabstand zur Sozialhilfe einhalten und auch in Zukunft müssen die Tarifverträge der Angestellten im Landesdienst weiterhin zeitnah für die Beamt*innen umgesetzt werden. Außerdem fordern wir die Anhebung der Anwärter*innenbesoldung und die Verkürzung der Fristen für den Verbleib in den Eingangsstufen. Zudem möchte DIE LINKE. Berlin die Ausbildung verbessern und modernisieren sowie den Auszubildenden in Zukunft Wohnungen zur Verfügung stellen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass neues Personal zu finden, nicht nur vom Gehalt abhängt, sondern auch vom Arbeitsumfeld. Deswegen müssen die Liegenschaften saniert werden und auch neue Gebäude errichtet werden. Der Berlin-PC soll mit uns flächendeckend bis 2026 eingeführt werden, damit flexibles Arbeiten für alle Beamt*innen ermöglicht werden kann. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wollen wir in den kommenden Jahren deutlich verbessern und haben uns diesbezüglich in dieser Legislaturperiode bereits auf den Weg gemacht.



Das Land muss als Arbeitgeber attraktiver, flexibler und digitaler werden. Dazu hat die Fraktion der FDP in der 19. Wahlperiode im Abgeordnetenhaus von Berlin bereits mehrere Initiativen eingebracht, welche auch wir als FDP Berlin weiterhin verfolgen wollen. Neben angemessener und verfassungsmäßiger Besoldung müssen auch die Rahmenbedingungen der Beamten stimmen. Schon in der Phase der Haushaltsberatungen unterbreitete die Fraktion verschiedene konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation des Personals im öffentlichen Dienst, hier unter anderem Mehrausgaben für Fort- und Weiterbildungen und für Instandsetzungsmaßnahmen von Dienstgebäuden im Bereich Polizei sowie Mehrausgaben für Dienst- und Schutzkleidung für Justizwachtmeister, Körperscanner für ein Pilotprojekt in zwei JVAen und Diensthunde für JVAen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität in den Gefängnissen. Außerdem forderte sie beispielsweise die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft, welche die dringend notwendigen Sanierungen, insbesondere der Gebäude der Polizei, endlich in die Hand nimmt. Sie brachte, um vor allem im Schichtdienst arbeitende Eltern bei Polizei, Feuerwehr und Justiz zu entlasten, einen Antrag „Blaulicht-Behörden-Kitas“ ein. Auch weiterhin halten wir an der Forderung fest, Richterinnen und Richtern die Möglichkeit zu geben, auf Antrag über die Altersgrenze hinaus im Dienst verbleiben zu können, um die ohnehin angespannte Personalsituation zu entspannen und Abgänge zu entschleunigen. Ebenso befürworten wir eine größere Durchlässigkeit, etwa im Justizvollzug, in dem Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen und Entwicklungswünsche, beispielsweise Richtung Gerichtsvollzug, ermöglicht werden müssen. Beim Thema „Moderne Verwaltung“ möchten wir, um das Behördenchaos endlich zu beenden, die Bezirksämter in ihrer jetzigen Form abschaffen. Die Bediensteten werden in den unmittelbaren Landesdienst übernommen. Stellenausschreibungen würden zentral und einheitlich aufgesetzt. Eine einstufige Verwaltung wäre für alle Landesbediensteten fair und gerecht. Diese und weitere Initiativen werden dafür Sorge tragen, dass Berlin auch in Zukunft qualifiziertes und motiviertes Personal finden kann.

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Titelbild: pixelplot/stock.adobe.com